

Über die polnische
Perspektive
auf das Zentrum
gegen Vertreibungen

Streit über die deutsch- polnische Geschichte

Anna Wolff-Powęska

Der Generation, die das schrecklichste Ereignis des zwanzigsten Jahrhunderts, den Zweiten Weltkrieg mit seinen Konsequenzen, miterlebt hat, stellt sich die Frage, wie sie ihre Erfahrungen der Nachwelt überliefern kann. Der Streit über das Zentrum gegen Vertreibungen ist ein Ereignis in den deutsch-polnischen Beziehungen, das über normale Meinungsverschiedenheiten bei der Interpretation der Vergangenheit hinauswächst. Er bezeichnet Unterschiede in der Politik der historischen Erinnerung und wird damit auch zum Spiegel der unterschiedlichen Gemütsverfassungen und der Prioritäten sowohl in der Erinnerungskultur als auch in der aktuellen Politik der Deutschen und der Polen. Er schlägt sich in dem gespannten Klima des schwierigen deutsch-polnischen Dialoges am Anfang des 21. Jahrhunderts nieder und zeigt, wie brüchig die Grundlage dieses Dialoges ist und wie sehr es an Empathie und an Wissen übereinander auf beiden Seiten von Oder und Neiße mangelt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat es in Polen kein Thema gegeben, das die Bürger über alle Parteigrenzen hinweg so mit ihrer Regierung zusammenschweißt hat wie die Einstellung zu dem Zentrum gegen Vertreibungen. Die Deutschen interpretieren diese Haltung in ihrer Mehrheit so, dass die Polen nicht zugeben wollten, dass auch Deutsche nach 1945 zu den Opfern gehört hätten und dass sie kein Mitgefühl mit diesen Menschen hätten, die Schlimmes durchzuma-

chen hatten. Eine solche Sichtweise beruht jedoch auf einer groben Vereinfachung, die der Vielfalt der Aspekte und der Schwere des Problems nicht gerecht wird. Daher ist zu fragen, woraus sich die Einmütigkeit der Polen ergibt und worauf deren besonders emotionale Reaktion zurückzuführen ist. Auf die Ablehnung der Idee, das Zentrum zu schaffen, haben verschiedene Faktoren eingewirkt.

Die Idee ist bei Funktionären des Bundes der Vertriebenen entstanden, die sich – von wenigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen – in der ganzen Nachkriegszeit gegen eine Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses ausgesprochen haben. Nach der schlimmen deutschen Okkupation Polens, der Ausrottungspolitik, dem Versuch, die polnische Intelligenz zu vernichten, und der Zerstörung ungeheurer vieler materieller Güter haben sie den Polen auch noch das abgesprochen, was diese heute als die Grundlage ihrer gesicherten Existenz ansehen: das Recht auf die ihnen von den Siegermächten zugesprochenen Gebiete. Die Einforderung des Rechtes auf Rückkehr in die verlorene Heimat und die These von der Vorläufigkeit der Grenze an Oder und Neiße sowie der polnischen Verwaltung in den früher deutschen Gebieten haben in den deutsch-polnischen Beziehungen über den Ost-West-Konflikt hinaus ein Klima der Feindschaft und der Konfrontation erzeugt. Für eine Verbesserung der Situation waren die Behauptungen einiger Vertriebenenvertreter nicht gerade hilfreich, die Polen seien oh-

nehin unfähig, die ihnen zugefallenen Gebiete zu bewirtschaften. Jene Polen, die in den neu gewonnenen Gebieten angesiedelt worden waren, nachdem sie ihre an die Sowjetunion abgetretene Heimat verloren hatten, versetzten die Ansprüche der Vertriebenen in einen Zustand permanenter Verunsicherung; sie saßen ständig auf gepackten Koffern. Erst der deutsch-polnische Vertrag vom November 1990 brachte die deutsche Anerkennung der Unantastbarkeit der Grenze und schuf damit die Grundlage für einen Dialog. Dieser Schritt hatte tatsächlich fundamentale Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Polen.

Innenpolitische Überlegungen

Von Beginn der Diskussion über das Zentrum an konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass es dabei im Grunde gar nicht um die Sache ging. Man sprach nicht darüber, welche inhaltlichen Vorstellungen das Zentrum den künftigen Generationen überbringen sollte: Für welche Erinnerung sollte es Zeugnis ablegen? Vieles deutet darauf hin, dass dem Projekt von Frau Erika Steinbach und ihren Parteigängern innenpolitische Überlegungen zugrunde liegen – wohl nicht zufällig wurde es vor einer Bundestagswahl herausgestellt.

Schon am 6. September 1998 veröffentlichte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen und Bundestagsabgeordnete den Berliner Appell, mit dem sie die Polen und die Tschechen zur Wiedergutmachung für die Leiden der Vertriebenen aufrief und die Regierungen der beiden Staaten aufforderte, „die Frage des Schadenersatzes für die Heimatvertriebenen zu regeln“. Dieser Appell rettete die CDU-Regierung nicht, aber er eröffnete einen „Notenkrieg“ zwischen den Regierungen Polens und der Bundesrepublik Deutschland und erweckte die alten Ängste in der polnischen Bevölkerung zu neuem Leben.

Die polnischen Politiker reagierten darauf gewiss mit überzogenen Emotionen. In der polnischen Erinnerung verfestigte sich jedoch der Eindruck, dass der Appell von Arroganz, Unwissen und Verantwortungslosigkeit gekennzeichnet sei. Erika Steinbach rief die Polen zur Wiedergutmachung auf und verwies sie auf die Vorbilder der Ungarn, Rumänen und Esten, denen sie nacheifern sollten, obwohl sich das Verhältnis dieser Länder zum Dritten Reich fundamental von dem des okkupierten Polen unterschieden hatte. Sie erweckte den Eindruck, die Polen drückten sich vor der Abrechnung mit ihrer Vergangenheit. Indessen gehört Polen entgegen ihrer Vermutung zu denjenigen postkommunistischen Staaten, in denen – zuerst in Untergrundveröffentlichungen, dann, nach der Abschaffung der Zensur, legal auf breiter Basis – eine Abrechnung mit der Geschichte vorgenommen wird. Dabei richtet sich erhebliches Forscherinteresse auf den historischen Hintergrund und die Wahrheit über die Zwangsausiedlung der Deutschen. Lange vor den Forderungen von Erika Steinbach haben in Polen in Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen Forschungen über die Situation der Deutschen in Polen und über die Zwangsausiedlung nach 1945 begonnen.

Ihre mangelnde Kenntnis der Geschichte Polens unter deutscher Besatzung zeigte sich überraschend deutlich, als Erika Steinbach im September 2003 an einer von der Zeitung *Rzeczpospolita* veranstalteten Diskussion in Warschau teilnahm. Die Geschichte der Aussiedlung der Deutschen behandelte sie dabei, als ob die Geschichte erst 1945 begonnen hätte; für sie war die Vertreibung nicht die Konsequenz eines Übels, sondern dessen Wurzel. Hier drängt sich einem die Frage nach politischer und moralischer Verantwortung auf, vor allem aber die Frage nach elementarer Ehrlichkeit bei der Darstellung der historischen Wirklichkeit.

Waren Polen und Deutsche auf diese Diskussion vorbereitet? Natürlich kann man sagen, dass eine solche Debatte niemals zu einem günstigen Zeitpunkt kommt. Eines aber ist sicher: Ein Thema, das so voll gepackt ist mit Emotionen, das so viel Mut, gute Vorbereitung und Verantwortungsbewusstsein erfordert, darf nicht ausgerechnet in einem Bundestagswahlkampf angeschnitten werden. Die Debatte entbehrte zudem der Einigung über wichtige Fakten, die der Zwangsaussiedlung der Deutschen zugrunde liegen: über die Bezeichnung des Gegenstandes dieser Diskussion – Vertreibung oder Zwangsaussiedlung –, über die Zahl der Opfer wie auch über die Frage, ob dieser Akt gemäß dem Völkerrecht zulässig gewesen ist, weil er von den Siegermächten gebilligt worden war, oder plattes Unrecht, Willkür und Rache. Um „abzurechnen und die Wunde freiwillig zu heilen“, wie das die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen wünscht, bedarf es günstiger Umstände, ruhiger Betrachtung und der Beteiligung kompetenter Persönlichkeiten aus beiden Nationen.

Die Initiative des Vorstandes der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen stieß in Polen unter anderem deswegen auf scharfe Kritik, weil der Text den Eindruck erweckte, er präsentiere falsche Daten und suggeriere einen unrichtigen Kontext der historischen Fakten. Im zwanzigsten Jahrhundert haben viele Millionen Menschen in sehr verschiedener Weise unendliches Leid erdulden müssen. Es ist menschlich, dass die einzelnen Opfer nicht bereit sind, das Leiden anderer zu würdigen, wenn sie das Gefühl haben, dass ihr eigenes Schicksal darüber vernachlässigt wird. Die jetzige Debatte hat deutlich gemacht, wie leicht es ist, Emotionen zu mobilisieren und im Gewand des großen Moralisten einherzugehen. Deswegen ist es nicht einfach, die Erinnerung allein an Flucht und Vertreibung, Aussiedlung und damit zusammenhän-

gende Verbrechen in einer Weise wach zu halten, die die persönlichen Schicksale, die historischen Zusammenhänge und die politischen Aktionen miteinander verbindet. Jeder sieht zunächst nur das Segment, das ihn selbst und seine Nation betrifft. Wenn sich die Erinnerung darauf beschränkt, bringt sie keine Beruhigung; sie wirkt eher wie eine Waffe, die gegen einen Feind gerichtet wird.

Wenn in dem Projekt des Zentrums die Zahl von zirka fünfzehn Millionen Vertriebenen genannt wird, die die große Zahl derer einschließt, die vor den heranrückenden Sowjettruppen geflohen sind, die Verluste anderer Nationen aber nicht erwähnt werden, suggeriert das, dass die Deutschen in diesem Krieg die meisten Opfer hätten erdulden müssen. Am schlimmsten aber ist, wie die Autoren im Prolog ihres Projektes die Entstehungsgeschichte der Vertreibung beschreiben. Sie berufen sich auf die Frühgeschichte des neuzeitlichen Nationalismus im neunzehnten Jahrhundert und finden kein Wort über den Nationalsozialismus. Hitlers Machtergreifung im Jahre 1933 war der wichtigste Vorgang, der schließlich zur Aggression gegen Deutschlands Nachbarn und damit auch zur Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten geführt hat. Davon findet sich im Prolog kein Wort. Den nachwachsenden Generationen wird damit ein völlig verzerrtes Geschichtsbild geboten, in dem die Idee der kollektiven Verantwortung dominiert und das zu unverantwortlichen politischen Initiativen führen kann. Entgegen den wiederholten Bekräftigungen seines europäischen Charakters stellt das Zentrumsprojekt zudem die Aussiedlung der Deutschen in den Mittelpunkt. Für die übrigen Nationen bleiben nur Seitenplätze für zeitlich begrenzte Ausstellungen.

Was für die Vertiefung des Wissens übereinander bei jungen Polen und Deutschen gebraucht wird, ist weniger

ein einzelnes Zentrum denn eine Vision und Konsequenz bei der Realisierung eines so großen Projektes. Dazu ist tagtägliche Arbeit erforderlich sowie die Nutzung großer Mengen von Intellekt, Kraft und gutem Willen, die auf beiden Seiten der Grenze vorhanden sind. Ein Streit um Denkmäler und Symbole kommt uns heute, im Jahr des Beitrittes Polens zur EU, weniger denn je gelegen. Welchen Eindruck erhält ein junger Deutscher, ein junger Europäer in einigen Jahrzehnten, wenn er bei einem Besuch der europäischen Metropole Berlin das Holocaust-Mahnmal und daneben das Denkmal des Zentrums gegen Vertreibungen erblickt? Wird er aus dem Nebeneinander wirklich den Schluss ziehen, dass sich weder der Holocaust noch die Vertreibung wiederholen dürfen? Wird jetzt gar ein Wettlauf um ähnliche Gedenkstätten einsetzen – ein Zentrum gegen Okkupationen in Warschau, ein Zentrum gegen Germanisierung in Poznan? Sollen wir unsere neue deutsch-polnische Partnerschaft mit einem Wettstreit um Symbole einleiten?

Der Nachhall schlimmer Erfahrungen

In den polnischen Reaktionen auf das Projekt des Zentrums gegen Vertreibungen sind neben sachlich-kritischer Analyse auch Stimmen laut geworden, die an die Zeit des Kalten Krieges erinnern. Das Denken in den Kategorien einer gesamtnationalen Haftbarkeit sowie alte Stereotype über die unheilbare deutsche Krankheit, den Größenwahn und das Großmachtstreben sind wieder aufgelebt. Wie kann man diese Eruption böser Emotionen erklären? Unter den Autoren der besonders unversöhnlichen Texte finden sich viele Angehörige der älteren Generation, die das Konzentrationslager, fünf Jahre Umsiedlungen und Vertreibungen, Hetzjagden und den alltäglichen Besatzerterror überstanden haben. In diesen Stimmen kommt einfach menschliche Bitternis zum

Ausdruck. Fast jede polnische Familie ist während des Krieges einmal oder gar mehrfach Opfer von Aussiedlungen geworden. In den fast sechzig Jahren nach dem Kriegsende war das Thema, abgesehen von einigen wissenschaftlichen Arbeiten, kein Gegenstand öffentlicher Erörterungen gewesen. Die Umsiedlungen und das kriegsbedingte Wanderleben waren als „normale“ Aspekte der Besatzungsrealität betrachtet worden. Deswegen stieß die Hervorhebung der deutschen Leiden bei den polnischen Kriegsoffern auf absolutes Unverständnis.

In diesen Tatsachen muss man die Gründe dafür suchen, dass es in vielen polnischen Äußerungen an elementarem Mitgefühl gefehlt hat. Für diese Menschen gibt es auf dem Schlachtfeld nur die Nation als den Täter des Bösen. Die Heftigkeit der polnischen Reaktionen ergab sich auch aus dem Eindruck, dass die bisherigen Wünsche und Vorwürfe von Vertriebenenfunktionären ausschließlich gegen die kleineren Nationen gerichtet waren: gegen die Tschechen und die Polen. Die Briefe, in denen die Absender die Bewohner ihrer früheren Häuser im Osten zur Räumung auffordern und sie bedrohen, werden nicht nach Kaliningrad geschickt, sondern an die aus den früher polnischen Ostgebieten vertriebenen Polen, die heute bescheidene Betriebe in Schlesien bewirtschaften.

Die Geschichte lastet auf den deutsch-polnischen Beziehungen. Vierzig Jahre Leben in ganz verschiedenen Welten und die Erziehung zu Feindschaft in der Zeit der ideologisch-politischen Konfrontation fordern ihren Preis. Die dreizehn Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer und des kommunistischen Panzers, in denen die Menschen auf beiden Seiten vor allem mit internen Angelegenheiten, mit der Bewältigung der Wiedervereinigung Deutschlands und der Transformation der gesamten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung in Polen be-

schäftigt waren, sind ein zu kurzer Zeitabschnitt, als dass man sich gemeinsam mit der tragischen Vergangenheit hätte beschäftigen können. Die Tatsache, dass der Streit über das Zentrum ausgerechnet in eine Zeit internationaler Hochspannung fiel, als sich vor dem Hintergrund der Verschlechterung der globalen Bedingungen durch den internationalen Terrorismus und die mühseligen Verhandlungen über die Bedingungen des Beitritts Polens zur EU beträchtliche Interessensunterschiede herauschälten, machte die Dinge nicht leichter.

Die Stiftung Zentrum wird vermutlich ausreichende Mittel bekommen, um den Vertriebenen ein geeignetes Denkmal zu setzen. Sie kann das ganze Problem als eine rein innerdeutsche Angelegenheit behandeln und einen Ort schaffen, der den deutschen Opfern gewidmet wird. Indessen ist die deutsche Frage niemals eine ausschließlich deutsche Angelegenheit gewesen – sie ist immer auch ein europäisches Problem.

Es gibt viele Gründe gegen die Form des Zentrums gegen Vertreibungen, wie sie die Vertriebenenfunktionäre im Auge haben. Das historische Gedächtnis sollte sich nicht auf eine spektakuläre Feiertagsgeste beschränken, sondern ein Element des Alltags werden. Die Transformation der Erinnerung sollte dem Verständnis zeitloser Ideale dienen.

Polen und Deutsche brauchen keinen Museumskrieg und keinen Krieg um Symbole. Die Debatte über das Zentrum hat gezeigt, in welchem Grade wir Geiseln nationaler Mythen und partikularer Betrachtungsweisen sind, obwohl wir uns tagtäglich Solidarität und gemeinsame Sorge um Europa versprechen. Der Streit hat gezeigt, dass wir immer noch mit verschiedenen Zungen reden, die Dinge unterschiedlich sehen und jeder bei seiner „Wahrheit“ bleibt. Wahrheit

gibt es jedoch nur einmal. Die Geschichte der Vertreibung hat nicht 1945 begonnen. Ihr sind eine blutige Besatzungsherrschaft über viele Völker in Europa und die längste und brutalste Okkupation Polens, Raub, Zwangsarbeit, Massenexekutionen, Menschenjagden, die Misshandlung von Häftlingen in Gefängnissen und in Lagern des totalen Terrors vorausgegangen. Leider findet man über diese fünf Jahre zu wenig in deutschen Schulbüchern oder Filmen und Dokumentationen. Vielleicht existieren sie nicht hinreichend im deutschen Bewusstsein. Der Dialog verlangt Kenntnis und die Bereitschaft, die andere Seite zu verstehen.

In Deutschland versuchen seit vielen Jahren zahlreiche Angehörige von Vertriebenenorganisationen, Brücken nach Polen zu bauen. Zusammen mit Landsleuten aus den früheren deutschen Ostgebieten bemühen sie sich, alte evangelische Friedhöfe wieder in Ordnung zu bringen, Seminare abzuhalten, Schulpartnerschaften einzurichten, regionale Museen mit Erinnerungsstücken zu bereichern. In Polen lebt mittlerweile das Regionsbewusstsein wieder auf. Die jetzigen Bewohner der früher deutschen Gebiete entdecken die Geschichte ihrer Wohnorte neu, die gemeinsamen europäischen Wurzeln, die Geschichte, die die Machthaber des kommunistischen Polens eifrig verfälscht hatten. Das deutsche Kulturerbe dieser Gebiete ist seit mindestens fünfzehn Jahren Gegenstand von Konferenzen und von wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen.

Verantwortungsbewusstsein zeigt sich weniger durch ein Zentrum sondern es äußert sich vielmehr im täglichen Leben und im Handeln für die Zukunft, in der Verpflichtung, die Menschenwürde zu achten, in der gemeinsamen Suche nach der Wahrheit, um diese zur Grundlage der Erziehung zu machen.